

Insgesamt dürften leider 25 Eisenbahnbediensteten zugrunde gegangen sein. Es scheint aber, daß mit größeren Verlusten unter allen Umständen nicht gerechnet werden kann. Der Abg. Wasserer hat erneut die Frage der Erweiterung des Wirtschaftlichen Ausschusses erörtert. Da man einer solchen Vorbereitungsstelle eine gewisse amtliche Form geben muß, so würde das darauf hinauslaufen, eine Art Zollparlament zu errichten. Dadurch würde naturgemäß der Einfluß des Reichstages beschränkt werden. Nach Prüfung der Wünsche bin ich zu dem Ergebnisse gekommen, daß ihre Erfüllung nicht möglich ist, da dadurch der wirtschaftliche Ausschuss zu einer Größe anwachsen würde, die unermesslich ist.

Abg. Dr. Bendorff (Fortf.). Im Gegenstand zu Dr. Waterer hat sich eine Ausdehnung des wirtschaftlichen Ausschusses für erwünscht. Insbesondere könnten die jungen Studenten ein Kolleg über soziale Medizin hören. Die Landarbeiterfrage ist außerordentlich bedeutungsvoll. Es steht zu befürchten, daß Rufstand bei künftigen Handelsverträgen die Landarbeiter Deutschlands ausnützen werde. Als der Arbeiter von jüdischen Liebreizungen spricht, bezeichnet der Präsident diesen Ausdruck als über das zulässige Maß hinausgehend. Die Rechtsverhältnisse der Arbeiter müssen revidiert werden. Von einer Güterkammer kann weniger die Rede sein als von einer Güterminderer, die der Grobgrundbesitz bei der Arrondierung seines Besitzes treibt. Wir stehen nicht auf dem Boden der wirtschaftlichen Anknüpfung des Staatssekretärs, werden ihm aber trotzdem das Gehalt nicht verweigern. (Geisterf.)

Abg. Graf Belding (Fortf.). Auch wir freuen uns über die Erfolge des Reichslandwirtschaftlichen Ausschusses. Wir haben uns aber nicht davon überzeugen können, daß ein Depositengesetz undurchführbar sei. In der Frage des Schutzes der Arbeitstätigen reichen nach unserer Ansicht die bestehenden Vorschriften nicht aus. Der nationalliberale Antrag auf Vorlegung einer Denkschrift über die Auswüchse des Koalitionsrechtes ist uns durchaus sympathisch. Nur fürchten wir, daß der Antrag leicht zur Verschleppung führen kann. Die Frage der Abwehr des Koalitionszwanges ist aber dringlich.

Abg. Spiegel (Soz.). Eine Rubrik in der Sozialpolitik darf nicht eintreten. Wir verlangen die Vorlegung eines Reichs-Verordnungs-Gesetzes. Hier werden immer Wünsche laut, die sich gegen die Auswüchse des Koalitionsrechtes richten. Bisher haben wir aber noch gar kein förmliches Koalitionsrecht. Die Sozialisten verlangen, daß die Regelung die Fiktion ergreifen soll, um die Rechte der Gewerkschaften einzuführen. Wir müssen immer wieder die Fortführung der Sozialpolitik verlangen.

Abg. Dr. Rosenberger (Cent.). Eine gesetzliche Regelung des Waffenhandels ist dringend notwendig. Noch in dieser Session erwarten wir eine Vorlage.

Unterstaatssekretär Dr. Richter: Ein Gesetz zur Regelung des Waffen- und Munitionshandels ist in Vorbereitung und wird den Interessen zur Begünstigung vorgelegt werden.

Abg. Dr. Böhm (Soz.). Das ist die Annahme, als ob der Bauernbund Gegner eines Parzellierungsgesetzes sei. Pannschick wird von dem Bund der Bauern nicht gegen den Bauernbund gestellt. Bauernbund haben sich in der letzten Zeit in ihren politischen Ansichten geändert. Mit einer Politik des Ausgleichs hinsichtlich des Schutzalls dienen wir am besten den Interessen der Landwirtschaft, der Industrie und des deutschen Volkes. Abg. Schwanitz (Fortf.). Von dem Abgeordneten Vogt-Gall sind die wirtschaftlichen Verhältnisse Württembergs ganz falsch dargestellt worden.

Abg. Pies (Soz.). Die Entwicklung der Wärdereien zu Großbetrieben ist eine ganz natürliche.

Abg. Seifermann (Wid.). Ich habe nie behauptet, daß der Bauernbund mit Güterkäufern in Verbindung getreten ist. Wohl aber sind Güterkäufer an mich herangetreten, um mich dafür sorgen, daß ihnen nicht das Geschäft verhandelt werde. Dr. Böhm, der immer nur auf den Bund der Bauernwirte hinweist, hat auch bei den Nationalliberalen Mitgliedern des Bundes der Bauernwirte sitzen. Vielleicht wird Dr. Böhm demnächst auch aus der nationalliberalen Partei herauskomplimentiert. (Große Geisterf.) Unter weiteren zum Teil stürmischen Geistesäußerungen setzt sich Redner mit seinem politischen Freunde auseinander.

Der Gehalt des Staatssekretärs des Innern wird beibehalten. Eine Reihe weiterer Titel wird ohne Debatte erledigt.

Weiterberatung: Dienstag 2 Uhr. Kleine Anfragen. Schluß 5 Uhr.

Deutsches Reich.

Zur Besoldungsfrage der unteren Eisenbahnbeamten.

Unter äußerst zahlreicher Beteiligung von Parlamentarier aller bürgerlichen Parteien tagte im Reichstage eine Ausschussung des Reichstagsrats der Verbände der Beamten und Arbeiter staatlicher Verkehrsanstalten, die sich mit der Besoldungsfrage der unteren Eisenbahnbeamten sowie mit der Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens befaßte. Zu beiden Fragen wurden folgende Entschlüsse angenommen:

Zur Besoldungsfrage: Das Reichsamt für die hohen Reichs- und das hohe Haus der Abgeordneten dringend, über die zu erwartenden Vorschläge der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung betreffend die Erhöhung der Besoldung einzelner Eisenbahnbeamtenklassen Kenntnis zu geben und für eine den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Aufhebung aller Eisenbahnunterbeamten einschließlich der geborenen Kategorien einzutreten. Wichtig der Bedingung der hierdurch notwendigen Ausgaben vertritt das Reichsamt auf die in seiner letzten dem hohen Hause der Wä-

geschiedenen Reichstags-Debatte über die Besoldungsfrage der Eisenbahnunterbeamten in Preußen gemachten Beschlüsse.

Zur Frage der Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens: Der Reichsamt begrüßt den Bescheid der Reichsregierung zur Inangriffnahme des Disziplinarverfahrens über die Wiederaufnahme eines Disziplinarverfahrens, wünscht jedoch eine Ausgestaltung nach zwei Richtungen: 1. Ausdehnung der Wiederaufnahme auf alle Disziplinarverfahren und 2. völlige materielle und ideale Entschädigung eines im Disziplinarverfahren freigesprochenen Beamten, insbesondere auch dessen dienstliche Rehabilitation.

Eine Interpellation über Verhütung von Grubenunglücken.

Die Interpellation des Abg. Brust und Gen., die am Dienstag auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses steht, hat folgenden Wortlaut:

„Mit der Königlich-Preussischen Regierung in der Frage über die Verhütung von Grubenunfällen auf der Höhe der Gruben im Ruhrrevier. Welche Maßnahmen ergreift die Königlich-Preussische Staatsregierung zur Verhütung der häufigen Unfälle in der Zukunft zu treffen?“

Ein Antrag zur gesetzlichen Regelung der Fürsorge für gemeingefährliche Geisteskränkte.

Dem Abgeordnetenhause ist folgender Antrag der Abg. Schmedding und Gen. zur Beratung des Etats des Ministeriums des Innern für das Etatsjahr 1914 vorgegangen:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Königlich-Preussische Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Fürsorge für gemeingefährliche Geisteskränkte, soweit sie nicht nach dem Gesetz vom 11. Juli 1891 den Landesverwaltungen obliegt, vom Staat zu übernehmen ist.“

Die Faktion der preussischen Volkspartei des preussischen Abgeordnetenhauses hat folgende Anträge eingebracht:

Die Königlich-Preussische Staatsregierung zu ersuchen, bei der Aufstellung des Haushaltsplanes der einzelnen Verwaltungszweige künftig überall die Ausgaben a) für die gesetzlichen Leistungen des Staates als Arbeitgeber, b) für die Ausgaben, die der Staat ohne gesetzlichen Zwang leistet, getrennt zur Aufstellung zu bringen. Zu den letzteren sollen gehören außer den Unterhaltungen insbesondere die Kosten von Einrichtungen zugunsten der Arbeiter und ihrer Familien (Ausfallentschädigung, Wohnungen, Sinderbedürfnisse) bei der Eisenbahn und der Bergbauindustrie. Die Königlich-Preussische Staatsregierung zu ersuchen, die Fonds für Emigrationen und Unterhaltungen erheblich zu verringern und die so gewonnenen Mittel zu fortlaufenden Beihilfen an innerdeutsche Beamtenfamilien zu verwenden. Die Königlich-Preussische Staatsregierung zu ersuchen, ein Gesetz zur Regelung des Preussischen Landesgesetzgebungsorgans einzubringen.

Gesetzliche Festlegung des Kolonialrechts.

Man schreibt uns: Das Reichskolonialamt hat eine neue Ausgabe des gesamten Kolonialrechts fertiggestellt, die sich gegenwärtig im Druck befindet. Die Neuausgabe wird den gesamten, in den früheren Ausgaben enthaltenen Stoff unter Ausbeziehung der veralteten Gesetze, Verordnungen usw. zusammenfassen. Infolge der verhältnismäßig kurzen Zeit der kolonialen Betätigung Deutschlands ist die koloniale Gesetzgebung naturgemäß noch sehr im Entstehen. Die früheren Ausgaben des Kolonialrechts haben daher in wesentlichen nur noch historischen Wert. Für den praktischen Gebrauch war eine Neuausgabe erforderlich, in der nur das gegenwärtig geltende Recht enthalten ist; sie wird in nicht zu langer Zeit im Buchhandel erhältlich sein.

Kleinere politische Nachrichten.

* Die Vermögenserklärung zum Wehrbeitrag ist, wie in Württemberg, Sachsen-Altenburg, Bremen und Hamburg nun auch in Bayern bis zum 15. Februar verlängert worden.

Ausland.

Erhungen Venizelos' in Wien.

Kaiser Franz Josef hat dem Ministerpräsidenten Venizelos des Großkreuzes des Leopold-Ordens verliehen. Venizelos hat heute vormittag den Besuch des italienischen Vizekonsuls Herzog Avarna empfangen, mit dem er längere Zeit konferierte. Nachmittags wird Venizelos' Beginn der Kaiserin in Schönbrunn bei der Anwesenheit von Kaiser Franz Josef empfangen werden.

Der kürzliche Vizekonsul hat vormittag dem Ministerpräsidenten Venizelos einen Besuch abgeleistet. Beide Staatsmänner hatten eine einündliche Konferenz.

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und Bulgarien steht unmittelbar bevor. Es werden zunächst Gesandtschaften ernannt werden.

Eine Verlobung auf dem Balkan?

Wie der „Abererul“ meldet, wird König Konstantin von Griechenland im Frühjahr der Bulgarin Hefe einen Besuch abgeben. Bei dieser Gelegenheit soll angeblich die Verlobung des Kronprinzen Georg von Griechenland mit der Prinzessin Elisabeth von Rumänien erfolgen.

Gesetzliche Regelung des Schnapsverkaufs in Rußland.

Bei der Erörterung der Gesetzesvorlage zur Bekämpfung der Trunksucht lehnte der Staatsrat den Vorschlag der Kommission ab, die es für unzulässig hielt, den Städten und Marktflecken das Recht aufzuerlegen, den Verkauf starker Getränke zu verbieten, und dieses Recht nur den Dörfern zuerkennen. Der Staatsrat stimmte dem von der Duma angenommenen Gesetzentwurf zu, der dieses Recht den Städten, Marktflecken und Dörfern zuerkennen. Der Staatsrat sprach außerdem den städtischen Behörden das Recht zu, eine Ausschüß für Verkaufsstellen, für starke Getränke festzusetzen, die der Regierung und den Privatleuten gehören, und ferner diese Verkaufsstellen auf die einzelnen Stadtviertel zu verteilen.

Vermischtes.

Die amtlichen Feststellungen über die Zahl der Opfer beim Vorurmerd Grubenunglück.

Nach amtlicher Feststellung lag auf der Höhe „Mittler Höhen“ 19 Bergleute tot aufgefunden; drei Bergleute sind schwer verletzt, drei werden beseitigt, und liegen vermisst unter den Trümmern begraben. Das Unglück hat also im ganzen 25 Opfer gefordert. Der Bergbaupraktant und die Bergbeamten sind in der Grube gewesen und haben dieselbe besichtigt gefunden.

Auf Grund eines bei Beginn der heutigen Sitzung gestellten Beschlusses hat der Präsident des Abgeordnetenhauses folgenden Telegramm abgeordnet: Generalschiff „Mittler Höhen“, Dombauer. „Im Namen des Abgeordnetenhauses spreche ich der Generalschiff und der anwesenden braven Bergleute sowie den Hinterbliebenen meine aufrichtige Teilnahme aus.“ Dr. Graf von Schönerlin-Misitz, Präsident des Abgeordnetenhauses.

Im Ballsaal in München.

Am 7. October fand die Mitglieder der Reichsstatistikammer statt, an der auch der Staatsminister und die übrigen Mitglieder der Reichsstatistik teilnahmen. Der Reichstag gab außerdem dem ersten und zweiten Präsidenten der Kammer der Reichsstatistik für den Tag und Grafen Grafenheim.

Ein Offizier das Opfer eines Freies.

Gestern wurde auf dem Stadthaus „Stadenburg“, bei dem Grafen auf der Weyer angekommen ist, der dritte Offizier Ernst von Helm (Wanderburg) von einem unheimlichen Unfallschicksal betroffen, der ihm sechs Revolverkugeln in den Hals jagte, getötet.

Ein erschaffener Offizier von einem indischen Soldaten erschossen.

Ein erschaffener Offizier von dem Grenadjieren ist bei einer Festlichkeit der Eingeborenen in Bana von einem Gendarm erschossen worden. Es ist dies der zweite Mord, der binnen kurzem von einem eingeborenen indischen Soldaten an einem der englischen Offiziere begangen wurde. Bekanntlich ist ein Vergehen von einem indischen Soldaten erschossen worden.

Der eigene Sohn als Dieb.

In der Polizeigebäude 17 in Neudorf wurde der Gendarm Knebel. Ihm wurden 800 Mark gestohlen und der Verdacht lenkte sich auf den eigenen Sohn, der sich heimlich verdingen wurde. Es begann sich mit mehreren Polizeibeamten auf die Suche nach ihm, und man entdeckte schließlich in einer Laube in der Laubengasse Knebel, wo er sich verbarrikadiert hatte. Als man ihn anrief, drohte er zu schießen und ließ sich nicht durch einen vergeblichen Schussgefahr. Nach einer kleinen Pause erwiderte er jedoch zwei Schüsse, und als man herbeilief, fand man den 17-jährigen Knebel, in seinem Dackel schwimmend. Hierbei an seine Angel der Beamten vor ihm in den Unterleib getrieben, zwei Kugeln hatte er sich selbst in den Kopf geschossen. Man brachte ihn scheinbar nach dem Krankenhaus, doch ist sein Zustand hoffnungslos.

Reichsamt einer fünfjährigen. Gestern fand ein Arbeiter in einem Brunnen in der Nähe der Königsinsel fahrlich bei Wietingdorf (Gummers) die Leiche eines fünfjährigen Mädchens mit durchschnittenem Hals und aufgeschlitztem Leib. Die Gerichtsamt begann sich nach dem Fundort und ermittelte, daß es sich um die Leiche der seit dem 12. Januar als vermisst gemeldeten Tochter Hildegard des Arbeiters Willibrod handelt. Der Regierungspräsident hatte auf die Auffindung der Vermissten eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Arbeitslosenversicherungen von Arbeitlosen. In Düsseldorf kam es nach zwei Verhandlungen am Arbeitslosen zu Straßenlandbesuchen und Zusammenkünften mit der Polizei. Es beging geraume Zeit, ehe die Ordnung wiederhergestellt werden konnte. Die Polizei nahm einige Verhaftungen vor.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Vom Schloß Wettin.

Am Freitag brachte der nationalliberale Abgeordnete Dr. Teil im Abgeordnetenhause beim Domänen-Etat den Antrag des Schloßes Wettin zur Sprache. Das alte Stammschloß des sächsischen Königsreiches war bestimmt für eine Umwandlung in ein Betrieben- und Künstlerheim vorsehen. Dr. Teil sagte hierzu folgendes: „Der Stadtverordneten-Vorsteher von Wettin schreibt mir, daß der Kaufpreis für die Umwandlung des Schloßes in ein Betrieben- und Künstlerheim wohl auf 200,000 Mark zu schätzen wäre. Es ist jammervoll, wie die alten Burgen jetzt verfallen; sie dienen jetzt als Schweineflöhe und als Wohnungen für polnische Arbeiter, während in den Räumen noch die Trümmer der Krieger zu sehen sind, die früher dort gewohnt haben. Es müssen da wohl Verbesserungen herbeigeführt werden, die bisher nicht stattgefunden sind. Die Stadt Wettin hat alles mögliche getan, sie ist schmerzlich bedrückt worden dadurch, daß in der Umgegend die Güter zur Aufständischen ausgeteilt sind. Die Domäne Wettin bringt jetzt nur Reinertrag von 10 Mark. Der Antrag Schloß Wettin durchzuführen ist überall Domänen aufzuheben, sondern wird auf für eine Mischung von Groß- und Kleinbesitz. Der Landbesitzumteilung muß aber durch Aufteilung entgegengetreten werden.“

Darauf erwiderte Ministerialdirektor Bräuner: Die Aufteilung der ganzen Domäne Wettin kann nicht in Frage kommen, denn sie ist noch bis 1924 verpachtet. Wegen der Abgabe eines Teils des Domänengebüdes, des alten Stammschloßes des sächsischen Königsreiches, für ein Betrieben- und Künstlerheim von Wettin ein solches zu bauen, und auch den erheblichen Schwierigkeiten der Berechtigung der Gebäude entgegenstehen, haben wir doch diesen Antrag sympathisch aufgenommen und waren zur Abgabe bereit, wenn ein entsprechender Ertrag dafür geschaffen würde. Das Komitee, das die Mittel aufbringen wollte, hat sich aber nicht aufgestellt und die Arbeit ist zurückgeschoben worden. Damit haben wir die Sache als erledigt angesehen.

Danach hielt man sich fest, daß der Plan, das Stammschloß des sächsischen Königsreiches in ein Betrieben- und Künstlerheim umzuwandeln, leider abgibtig aufgegeben ist.

vereinigen nach Generalmusikdirektor Mikorey die Vorträge von Bechstein und Blüthner in sich, sind nach kaiserlich russischem Professor Weiss die besten der Welt, inklusive Steinway & Sons und Bechstein, sind trotzdem Hunderte von Mark billiger als andere berühmte Fabrikate und deshalb, besonders Musikern, bestens zu empfehlen. 1892

Alleinverkauf: Herm. Lüders, Mittelstrasse 9-10. Aelteste Handlung am Platze. Alleinvertreter für: Förster-Leipzig, Weisbrod, Kuhse und viele andere.

Perzina-
Flügel u. -Pianos
gespielt u. empfohlen im Konservat. Verein zu Halle

